

## EINKOMMENSVERTEILUNG UND EINKOMMENSENTWICKLUNG IN OBERÖSTERREICH

1. Einleitung und Problemstellung .....	110
2. Die funktionale Einkommensverteilung – der stete Rückgang der Lohnquote .....	112
3. Ausgeprägte geschlechtsspezifische Unterschiede in der personellen Verteilung .....	114
4. Die intersektoralen Einkommensunterschiede vergrößern sich .....	117
5. Die Bedeutung von Niedriglohnbeschäftigung .....	119
6. Wirtschaftsstruktur bedingt vergleichsweise egalitäre Verteilung der Haushaltseinkommen .....	121
7. Schlussbemerkungen .....	123

Auszug aus WISO 3/2008

**isw**

Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften

Gruberstraße 40–42

A-4020 Linz, Austria

Tel.: +43(0)732 66 92 73, Fax: +43 (0)732 66 92 73 - 2889

E-Mail: [wiso@akoee.at](mailto:wiso@akoee.at)

Internet: [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at)

**Alois Guger  
Thomas Leoni**

**Wissenschaftliche  
Mitarbeiter am  
Österreichischen  
Institut für  
Wirtschaftsforschung  
(WIFO)**

## 1. Einleitung und Problemstellung

### *makro- ökonomische Faktoren*

Nach einer Abnahme der Einkommensungleichheit in der Phase der Hochkonjunktur in den Sechziger- und frühen Siebzigerjahren hat international die Streuung der Einkommen wieder deutlich zugenommen. In den USA und in Großbritannien war dieser Prozess steigender Ungleichheit besonders ausgeprägt und begann schon Ende der Sechzigerjahre, in den skandinavischen Ländern in den Neunzigerjahren. Auch in Mitteleuropa wurde die Verteilung wieder ungleicher, aber in viel geringerem Ausmaß. Wichtige Ursachen bilden zum einen makroökonomische Faktoren wie die Verlangsamung des Wachstums, verbunden mit hoher Arbeitslosigkeit, und die hohen Vermögenserträge im Gefolge der lange anhaltenden Hausse auf den Finanzmärkten, die in den meisten Industrieländern die funktionale Verteilung von den Lohn- zu den Gewinn- und Vermögenseinkommen verschoben und die Lohnquote anhaltend senkten. Zum anderen vergrößern auch langfristige strukturelle Veränderungen, wie die Globalisierung und der technische Fortschritt, die Lohndifferenziale und damit die Ungleichheit der Einkommensverteilung, da beide Faktoren qualifizierte Arbeit begünstigen und geringere Qualifikationen belasten.

### *Inter- nationalisierung der Wirtschaft*

Die starke Internationalisierung der Wirtschaft in den letzten Jahrzehnten führte zu einem tief greifenden Strukturwandel. Dieser Veränderungsprozess wurde durch die starke Zunahme an (billigen) Arbeitskräften auf dem globalen Arbeitsmarkt vorangetrieben. Der internationale Währungsfonds schätzt, dass sich zwischen 1980 und 2005 das Angebot an Arbeitskräften, die auf dem globalen Markt verfügbar sind, vervierfacht hat. Der überwiegende Teil dieses Zuwachses hat seit 1990 stattgefunden (*Internationaler Währungsfonds, 2007*). Die Verschiebung von arbeitsintensiven Produktionsprozessen in Drittländer führte in den Ländern des OECD-Blocks zu einer Schrumpfung des industriellen Sektors. Besonders betroffen waren davon Branchen mit einem hohen Anteil an niedrig

qualifizierten Arbeitskräften. Nur jene Branchen und Betriebe konnten überleben, welche durch Rationalisierungsprozesse und den Einsatz von Technologie die durch die hohen Arbeitskosten bedingte Gefährdung der Wettbewerbsfähigkeit kompensieren konnten. Die hohen Produktivitätszuwächse, die aus der erfolgreichen Bewältigung des Strukturwandels resultierten, ermöglichten in diesen Bereichen allerdings überdurchschnittliche Lohnsteigerungen. Insgesamt kam es somit zu einer Vergrößerung der Lohn- und Einkommensdifferenziale zwischen den Branchen.

Parallel zur Internationalisierung vollzog sich in den industrialisierten Ländern auch eine technologische Revolution. Die Einführung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien und Organisationsprinzipien ging mit einer steigenden Nachfrage nach höher qualifizierten Arbeitskräften einher. Geringqualifizierte wurden dagegen verstärkt durch andere Produktionsfaktoren (Vorprodukte, Kapital, Qualifizierte) substituiert (Acemoglu, 2002). Dieser „skill-bias“ des technologischen Fortschritts hat zu einer Erhöhung der Einkommensunterschiede zwischen den Beschäftigten und insbesondere zu einer Verschlechterung der Einkommens- und Arbeitsmarktposition von schlechter qualifizierten Personen geführt.

*technologische  
Revolution*

Auch in Österreich wurde in den letzten Jahrzehnten die Verteilung ungleicher. Dies gilt sowohl für die Verteilung innerhalb der unselbstständig Beschäftigten als auch zwischen den Lohnneinkommen und Einkünften aus Besitz und Unternehmung. Neben den bereits erwähnten Faktoren spielt auch die Zunahme von Teilzeitarbeit und geringfügiger Beschäftigung für die Ausweitung der Einkommensunterschiede eine wesentliche Rolle. Die folgenden Ausführungen setzen sich das Ziel, vor diesem Hintergrund die Entwicklung und Verteilung der Einkommen in Oberösterreich auf funktionaler und personeller Ebene darzustellen und zu analysieren.

## 2. Die funktionale Einkommensverteilung – der stete Rückgang der Lohnquote

*seit Mitte der  
90er-Jahre  
stetiger  
Abwärtstrend  
der Lohnquote*

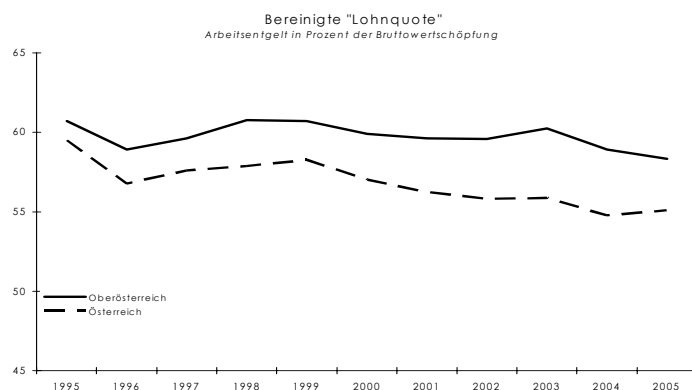
Die funktionale Einkommensverteilung, die Aufteilung des Sozialprodukts auf die Produktionsfaktoren, wird anhand der Lohnquote, des Anteils der ArbeitnehmerInnen am Volkseinkommen, beurteilt. Seit Mitte der Neunzigerjahre ist ein ausgeprägter und stetiger Abwärtstrend der Lohnquote festzustellen, der mit der beschleunigten Internationalisierung und Liberalisierung der österreichischen Wirtschaft zusammenhängen dürfte. Gewinne und Vermögenseinkommen profitieren in den hoch entwickelten Ländern generell stärker von der Globalisierung als die Arbeitseinkommen. In Österreich ist dieser Effekt wegen der engen Verflechtung mit den mitteleuropäischen Ländern noch markanter ausgeprägt als in den anderen Industrieländern (*Breuss, 2007*). Der Rückgang der Lohnquote erfolgte in Österreich seit Mitte der Neunzigerjahre deutlich rascher als in fast allen anderen westeuropäischen Ländern.

*Lohnquote in  
OÖ stabiler als  
im Bundes-  
durchschnitt*

Nicht anders als in den übrigen Bundesländern ist die „Lohnquote“<sup>1</sup> auch in Oberösterreich seit 1995 gesunken. Allerdings ist die oberösterreichische Lohnquote stabiler als im Bundesdurchschnitt. Mit einem Rückgang von 3,2 Prozentpunkten seit 1995 ist die „Lohnquote“ in Oberösterreich im Vergleich mit den übrigen Bundesländern am wenigsten gesunken, in Österreich insgesamt um 5 Prozentpunkte. Die wichtigste Ursache für diese Stabilität der funktionellen Verteilung dürfte in der relativ günstigen Arbeitsmarktlage zu finden sein. Die Arbeitsmarktlage ist eine entscheidende Variable für die Entwicklung der Lohnquote. Ein Anstieg der Arbeitslosigkeit verringert direkt den Lohnanteil am Volkseinkommen, weil Arbeitslose nicht Arbeitseinkommen, sondern Transfereinkommen beziehen. Zugleich verlieren die Gewerkschaften an Einfluss auf die Lohnentwicklung, die Lohnerhöhungen bleiben hinter dem Produktivitätswachstum zurück. Ein Anstieg der Arbeitslosenquote um 1 Prozentpunkt verrin-

gert die Lohnquote um gut 1 Prozentpunkt (vgl. *Marterbauer – Walterskirchen, 2003*). Sowohl der Beschäftigungszuwachs als auch das Lohnwachstum blieben in Oberösterreich dynamischer als im Bundesdurchschnitt. Die gute Auslastung auf dem Arbeitsmarkt schlägt sich zum einen in stabilerer, weniger konjunkturabhängiger Beschäftigung und zum anderen in einer größeren Lohndynamik nieder, die weniger durch die Umwandlung von „Normalarbeitsplätzen“ in atypische Beschäftigungsverhältnisse geprägt ist.<sup>2</sup>

Abbildung 1: Die Entwicklung der funktionellen Verteilung, Oberösterreich und Österreich



Q: Statistik Austria, Regionale Volkseinkommensrechnung, WIFO-Berechnungen.

Die funktionelle Verteilung steht in engem Zusammenhang mit der Lohnpolitik. Das Konzept der produktivitätsorientierten Lohnpolitik hat zum einen eine konstante funktionelle Verteilung, also eine konstante Lohnquote, und zum anderen stabile Lohnstückkosten zum Ziel. Steigen die Reallöhne (einschließlich der Lohnnebenkosten) mit derselben Rate wie die Arbeitsproduktivität, so bleiben sowohl die Lohnstückkosten als auch die Lohnquote konstant. Die Möglichkeiten einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik hängen wesentlich von

*seit frühen 80er-Jahren Lohndrift anhaltend negativ*

der Arbeitsmarktlage ab. In den Sechziger- und Siebzigerjahren wurde die Lohnpolitik der Gewerkschaften von einer positiven Lohndrift alimentiert. Die tatsächliche Lohnentwicklung verlief in der Regel deutlich günstiger als die Lohnabschlüsse und die Überzahlungen wurden ausgebaut. Seit aber ab den frühen Achtzigerjahren die Arbeitslosenraten stetig zunahmen, ist die Lohndrift anhaltend negativ: Die Verdienstentwicklung bleibt immer wieder hinter den Produktivitätszuwächsen zurück. Ein Vergleich zeigt, dass seit Mitte der 1990er-Jahre die Lohnentwicklung in Oberösterreich jährlich 0,3 Prozentpunkte hinter der Produktivitätsentwicklung zurückblieb. Dieser Trend war in Österreich insgesamt noch stärker, hier vergrößerte sich die Kluft zwischen Produktivität und Löhnen jährlich um 0,6 Punkte (Übersicht 1).

*Übersicht 1: Entwicklung von Arbeitsentgelt je Beschäftigten und Produktivität\*)*

	1995–2000		2000–2005		1995–2005	
	Arbeitsentgelt	Produktivität	Arbeitsentgelt	Produktivität	Arbeitsentgelt	Produktivität
Oberösterreich	2,3	2,5	1,8	2,3	2,1	2,4
Österreich	2,1	2,6	2,0	2,7	2,0	2,6

Q: Statistik Austria, Regionale Volkseinkommensrechnung, WIFO-Berechnungen. – \*) Nominelle Produktivität gemessen an der Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen je Erwerbstätigen.

### **3. Ausgeprägte geschlechtsspezifische Unterschiede in der personellen Verteilung**

Auch die Ungleichheit der personellen Einkommensverteilung nahm in Oberösterreich in den letzten 1½ Jahrzehnten deutlich zu. Diese Entwicklung ging vor allem von der hohen Dynamik an den Rändern der Verteilung aus. Im Zeitraum 1995–2006 stiegen die Bruttobezüge des 1. Quartils, also der 25 % an Beschäftigten mit dem geringsten Einkommen, nomi-

nell um 18 %, das entspricht einer durchschnittlichen jährlichen Steigerung von 1,6 %. Diese Steigerung deckte sich genau mit dem Verlust an Kaufkraft, der in dieser Periode aus der Preissteigerung resultierte. Das reale Einkommen der untersten Einkommensgruppe blieb somit zwischen 1995 und 2006 konstant. Die unselbstständigen Einkommen im obersten Quartil erhöhten sich dagegen in derselben Periode nominell um 27 % (d. h. 2,2% p. a.). In einer realen Betrachtung entsprach dieser Zuwachs einer Einkommenssteigerung von 7,6 %. Ein Teil dieser Entwicklung kann dadurch erklärt werden, dass die steigende Teilzeitquote über diesen Zeitraum zu einer Vermehrung von Beschäftigungsverhältnissen im unteren Einkommensbereich führte. Aus diesem Grund entwickelten sich die Bruttoeinkommen der unselbstständig beschäftigten Frauen etwa doppelt so stark auseinander wie jene der Männer. Die starke Öffnung der Einkommensschere bei den Frauen ist auch maßgeblich dafür verantwortlich, dass sich die Einkommensungleichheit in Oberösterreich seit 1995 tendenziell schneller vergrößerte als im österreichischen Durchschnitt. Doch auch bei der Einkommensentwicklung der Männer, die nur am Rande vom Phänomen der Teilzeitbeschäftigung betroffen sind, kann ein deutlicher Trend hin zu einer stärkeren Ungleichverteilung beobachtet werden. In Oberösterreich stiegen die realen Bruttoeinkommen der männlichen Beschäftigten im obersten Einkommensquartil zwischen 1995 und 2006 um 10,4 %, im untersten Quartil aber nur um 6,2 %.

Oberösterreich befindet sich unter den Bundesländern in der einzigartigen Position, überdurchschnittliche Männereinkommen und gleichzeitig unterdurchschnittliche Fraueneinkommen aufzuweisen. Daraus ergibt sich ein starkes geschlechtsspezifisches Einkommensgefälle; der Unterschied im (nicht um die Arbeitszeit bereinigten) Erwerbseinkommen liegt bei fast 39 % (in Österreich: 33 %). Dieser Geschlechterunterschied stieg in den letzten Jahren in Oberösterreich stärker als im gesamtösterreichischen Durchschnitt. Die Teilzeitbeschäftigung kann nur einen Teil dieser Entwicklung erklären,

*keine Reallohnsteigerung der untersten Einkommensgruppen zwischen 1995 und 2006*

*in OÖ überdurchschnittliche Männereinkommen und unterdurchschnittliche Fraueneinkommen ...*

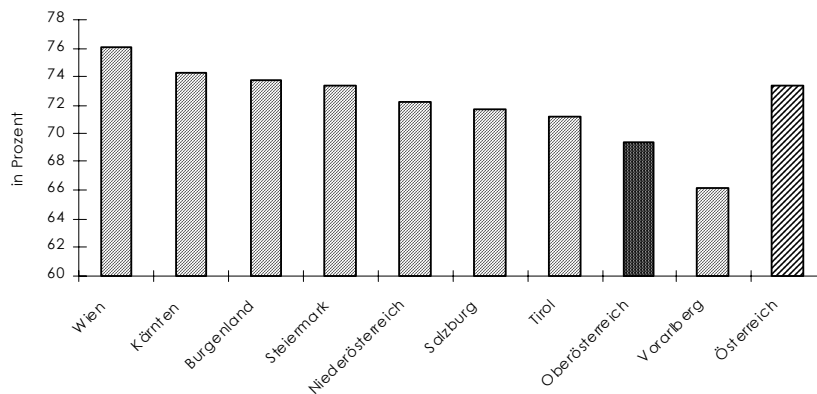
*... gleicher Trend  
auch bei den  
Lehrlingen*

Oberösterreich weist auch bei einer Betrachtung der Einkommen von Vollzeitbeschäftigten einen sehr ausgeprägten Gender Pay Gap auf. Ganzjährig und in Vollzeit beschäftigte Frauen verdienten 2006 in Österreich 73,4 % des entsprechenden Männereinkommens. Die oberösterreichischen Arbeitnehmerinnen kamen allerdings nur auf durchschnittlich 69,4 % der Einkommen ihrer männlichen Kollegen, ein Wert, der nur von den Vorarlbergerinnen unterschritten wurde (66,2 %). Ein nach Geschlecht unterschiedliches Muster ist auch bei den Einkommen der Lehrlinge beobachtbar: Während die männlichen Lehrlinge in Oberösterreich ein deutlich überdurchschnittliches Einkommen haben, liegen weibliche Lehrlinge nur im bundesweiten Durchschnitt. Der beträchtliche Einkommensunterschied zwischen den Geschlechtern – weibliche Lehrlinge erreichten in Oberösterreich im Schnitt nur 75 % des Nettoeinkommens der männlichen Lehrlinge – verdeutlicht die Auswirkungen der geschlechtsspezifischen Segmentierung nach Branchen und Berufen, die ihre Wurzeln schon in den Bildungsentscheidungen der Mädchen und Burschen hat.



Abbildung 2: Geschlechtsspezifischer Einkommensunterschied der Vollzeit und ganzjährig beschäftigten ArbeitnehmerInnen

(Fraueneinkommen in % des Männereinkommens\*), 2006



Q: Statistik Austria (Statistik der Lohnsteuer 2006); WIFO-Berechnungen.

\*) Durchschnittliche Bruttojahresbezüge laut Statistik der Lohnsteuer.

#### 4. Die intersektoralen Einkommensunterschiede vergrößern sich

Oberösterreich ist ein Bundesland mit einer klaren industriellen Prägung, wodurch vor allem im Facharbeiterbereich eine große Anzahl an qualifizierten und gut entlohnten Arbeitsplätzen zur Verfügung steht. Mit einigen wenigen Ausnahmen weisen alle Wirtschaftsklassen im produzierenden Bereich, wo Männer überproportional stark repräsentiert sind, überdurchschnittlich hohe Medianeinkommen auf. Sieht man von der Energie- und Wasserversorgung ab, die nur eine geringe Anzahl an Beschäftigten zählt, liegt das mittlere Einkommen im Fahrzeugbau und in der Chemieindustrie, zwei der Kernbereiche des oberösterreichischen Industriesektors, am höchsten. Beschäftigte in diesen Branchen verdienen rund 50 % mehr als im gesamtwirtschaftlichen Schnitt, in diesen Bereichen besteht auch ein klarer Einkommensvorsprung gegen-

*überdurchschnittlich hohe Medianeinkommen im produzierenden Bereich*

*intersektorale  
Unterschiede  
weiten sich aus*

über den restlichen Bundesländern. Unter den Dienstleistungsbranchen verzeichnen Kredit- und Versicherungswesen das höchste Lohn- und Gehaltsniveau, während Beschäftigte im Beherbergungs- und Gaststättenwesen die geringsten Einkommen haben. Die intersektoralen Unterschiede weiteten sich in Oberösterreich in der jüngsten Vergangenheit aus, was an der Streuung der Medianeinkommen zwischen den einzelnen Branchen abzulesen ist. Dabei entwickelten sich die Verdienste im Sachgüterbereich um einiges dynamischer als in den Dienstleistungen. Im Sachgüterbereich konnten die Beschäftigten ihr nominelles Einkommen im Zeitraum 1995–2006 jährlich im Schnitt um 3,1% und somit stärker als im übrigen Österreich verbessern. Im oberösterreichischen Dienstleistungssektor stiegen die Einkommen dagegen merklich langsamer als in Österreich insgesamt (+1,8 % gegenüber +2,1 % p. a.).

Diese Entwicklung kann mit dem Strukturwandel der Wirtschaft und mit den ökonomischen Auswirkungen des technologischen Fortschritts in Verbindung gebracht werden. Die verstärkte Internationalisierung hat vor allem in den exponierten Sektoren der Wirtschaft den Anpassungs- und Wettbewerbsdruck stark erhöht. In Sachgüter erzeugenden Bereichen reagierte man mit Rationalisierungsprozessen und einem verstärkten Einsatz von Kapital und Technologie auf diesen Druck. Dadurch konnten starke Produktivitätszuwächse erzielt werden. Im Dienstleistungsbereich sind diese Möglichkeiten der Produktivitätssteigerung in unterschiedlich starkem Maße gegeben. Während einige produktionsorientierte Dienstleistungen eine „Industrialisierung“ der Dienstleistung infolge der Standardisierbarkeit der Tätigkeit, Mechanisierung und Rationalisierung erlauben, ist das in anderen Bereichen, v. a. bei personenbezogenen Dienstleistungen, kaum der Fall. Auch die Arbeitsmarktlage, die Struktur der Arbeitsbeziehungen in Österreich und der in den einzelnen Branchen vorherrschende gewerkschaftliche Organisationsgrad haben zur Vergrößerung der branchenspezifischen Lohndifferenziale beigetra-

gen. Es ist davon auszugehen, dass auch in der nächsten Zukunft die Lohnentwicklung nach Branchen weiter auseinandergehen wird.

### 5. Die Bedeutung von Niedriglohnbeschäftigung

Aussagen zum Umfang der Niedriglohnbeschäftigung hängen in hohem Maße von der verwendeten Definition, von der Datenquelle und dem Einschluss oder Ausschluss bestimmter Gruppen von Erwerbstätigen ab (*Kalina – Weinkopf, 2006*). In seiner engeren Definition betrifft das Thema Niedriglohnbeschäftigung jene Arbeitsplätze, die nur einen geringen Stundenlohn zahlen und somit auch im Falle von Vollzeitbeschäftigung ein Einkommen sichern, das nahe am Existenzminimum liegt. In einem weiteren Sinn kann der Niedriglohnbereich auf alle Beschäftigten ausgeweitet werden, die ungeachtet der geleisteten Arbeitszeit ein niedriges Einkommen erzielen. Die beiden Bereiche (also Niedriglohnbereich und geringer Einkommensbereich) weisen sowohl bei den Arbeitsplätzen als auch bei den Personengruppen, die diese belegen, starke Überschneidungen auf. Erwartungsgemäß haben in allen EU-Ländern Beschäftigte mit einem geringen Einkommen eine starke Konzentration auf Teilzeitbeschäftigung (*Marlier – Ponthieux, 2000*). Eine Berücksichtigung der Arbeitszeit zeigt allerdings auch, dass in vielen Fällen Teilzeitstellen zu den Arbeitsplätzen mit den geringsten Stundenlöhnen zählen. Es gibt keinen eindeutigen Konsens hinsichtlich der Höhe des Stundenlohns, der für die Definition von Niedriglohnbeschäftigung ausschlaggebend ist. Die derzeit am weitesten verbreitete Abgrenzung, die auch von der EU-Kommission verwendet wird, bezieht sich bei Niedriglohnjobs auf Bruttostundenlöhne, die weniger als zwei Drittel des Medians (aller Beschäftigten) betragen (*Europäische Kommission 2004*). In der Praxis hängt die Abgrenzung des Niedriglohnbereichs sehr stark von der Verfügbarkeit von entsprechendem Datenmaterial ab.

*Definition*

*EU-Definition*

*Basis für  
vorliegende  
Studie*

Als Auskunftsbasis für die vorliegende Studie wird eine Sonderauswertung herangezogen, die von Statistik Austria im Auftrag der Arbeiterkammer Oberösterreich durchgeführt wurde. Bei den Auswertungen der Lohnsteuerstatistik wurden die Einkommen der ganzjährig und in Vollzeit beschäftigten ArbeiterInnen und Angestellten ermittelt, die 2006 unter der Bruttolohn- bzw. Bruttogehaltshöhe von 1.167 Euro im Monat (also 1.000 Euro 14-mal im Jahr) lagen. Dieser Wert entsprach im Jahr 2006 knapp 39 % des durchschnittlichen Einkommens der ganzjährig und in Vollzeit beschäftigten ArbeitnehmerInnen. Angesichts dieser engen Definition des Niedriglohnbereichs ist es nicht überraschend, dass die berechneten Anteile vergleichsweise niedrig ausfallen. In Oberösterreich verdienten 2006 5,3 % der in Vollzeit beschäftigten ArbeiterInnen und Angestellten brutto monatlich weniger als 1.000 Euro (ohne Sonderzahlungen), was exakt dem bundesweiten Durchschnitt entspricht. Wie auch in den restlichen Bundesländern liegen Frauen viel öfter als Männer mit ihrem Einkommen im Niedriglohnbereich: In Oberösterreich waren 2006 rund 72 % der 16.100 Personen mit einem Niedriglohnjob Frauen, was in relativen Größen ausgedrückt bedeutet, dass nur 2,1 % der Männer, jedoch fast 13 % der Frauen in diese Kategorie fielen. Angestellte hatten in Oberösterreich einen Niedriglohnanteil von 4,3 %, ArbeiterInnen von 6,5 %.

*72 % der  
Personen mit  
Niedriglohnjob  
sind Frauen*

Weitet man das Blickfeld von den Vollzeitbeschäftigten auf alle Beschäftigungsverhältnisse aus, die unabhängig von der geleisteten Arbeitszeit nur ein geringes Einkommen sichern, erfasst man einen wesentlich größeren Teil der Erwerbsbevölkerung.<sup>3</sup> Rund ein Zehntel (10,2 %) der oberösterreichischen Beschäftigten erzielte ein monatliches Einkommen, das den Wert von 727 Euro im Monat nicht überstieg. Dieser Wert ist nicht unmittelbar mit den Auswertungen aus der Lohnsteuerstatistik in Verbindung zu setzen, da nicht nur die Abgrenzung der Niedriglohnbeschäftigung, sondern auch die untersuchte Beschäftigungsgruppe eine andere ist. Trotzdem bestehen zwischen den beiden Betrachtungsweisen große Ähnlichkeiten.

ten. Sieht man von einigen Abweichungen ab, dann gehören Bezirke, in denen der Anteil an niedrig Entlohten unter den Vollzeitbeschäftigten hoch ist, in der Regel auch zu den Bezirken mit einem überdurchschnittlichen Anteil an Personen mit geringem Einkommen. Auch zeigen die Auswertungen der niedrigen Einkommen erneut ein starkes geschlechtsspezifisches Gefälle: Von den rund 50.000 OberösterreicherInnen, die 2006 mit ihrem monatlichen Einkommen unter 727 Euro lagen, waren drei Viertel Frauen. In strukturschwachen Bezirken wie Rohrbach und Freistadt gehörte mehr als ein Fünftel aller Arbeiterinnen und Angestellten zu dieser Gruppe. Auch die Regionen mit den geringsten Werten, wie die Städte Linz, Wels und Steyr und ihre Umlandbezirke, hatten einen Anteil an Frauen im Niedrigeinkommensbereich von rund 15 %. Bei den Männern überstieg die Quote der Personen mit niedrigen Einkommen nur in den Städten die Marke von 5 %.

#### **6. Wirtschaftsstruktur bedingt vergleichsweise egalitäre Verteilung der Haushaltseinkommen**

Für die Beurteilung der ökonomischen Situation der Bevölkerung und ihrer Konsummöglichkeiten sind die verfügbaren Haushaltseinkommen ausschlaggebend. Berücksichtigt man die Struktur und Größe der Haushalte (indem man die Nettoäquivalenzeinkommen berechnet), so verfügen die Haushalte in Oberösterreich im Durchschnitt monatlich über etwa 1 % weniger Einkommen als im bundesweiten Durchschnitt. Die Haushaltseinkommen sind in Oberösterreich egalitärer verteilt als im Bundesdurchschnitt, was vor allem in einer günstigeren Einkommenslage der niedrigen Einkommensschichten zum Ausdruck kommt. Bei fast gleichem bzw. marginal niedrigerem Durchschnittseinkommen als in Gesamtösterreich verfügen die 10 % mit den niedrigsten Einkommen in Oberösterreich über gut 9 % mehr Einkommen als im bundesweiten Durchschnitt, das unterste Viertel um 7¼ % mehr, während das oberste Viertel in Oberösterreich 5 % weniger Einkommen bezieht als im Bundesdurchschnitt. Der Hauptgrund dafür liegt

*Haushalte in OÖ  
etwa 1 % unter  
Bundesdurchschnitt,  
aber egalitärer verteilt*

im großen Gewicht der Sachgütererzeugung und der dadurch vergleichsweise günstigen Einkommensposition der manuellen Arbeit in Oberösterreich. Umgekehrt wirkt sich das geringe Gewicht der hoch qualifizierten Dienstleistungen dämpfend auf das obere Ende der Einkommensskala aus. Arbeiterinnen und Arbeiter stehen mit einem Medianeinkommen, das fast 8 % höher als im nationalen Durchschnitt ist (2006), unter den Bundesländern an erster Stelle; die Angestellten befinden sich hingegen nach Wien und Vorarlberg an dritter Stelle. Bei den Angestellteneinkommen sind es vor allem die Frauen, die das Niveau im Bundesvergleich drücken.

In den Haushalten, in denen ein unselbstständig Erwerbstätiger Haushaltsvorstand ist, liegen die gewichteten Pro-Kopf-Einkommen in Oberösterreich fast auf dem Bundesniveau, nur im untersten Quartil darüber (+5 %), im obersten Quartil 3 % unter dem Bundesdurchschnitt. In einer Betrachtung nach sozialrechtlicher Stellung bestehen die größten Unterschiede zwischen Oberösterreich und Österreich in den Einkommen der ArbeiterInnen. Die ArbeiterInnen verfügen in Oberösterreich über ein um fast 6 ½ % höheres Nettoäquivalenzeinkommen als im Bundesdurchschnitt. Die geringsten Unterschiede zum Österreich-Durchschnitt weisen die Einkommen der Angestellten (- 0,7 %) auf. Nur das unterste Quartil der Angestelltenhaushalte verfügt in Oberösterreich über deutlich höhere Einkommen als in Österreich insgesamt. Die Einkommen der Beamten und Selbständigen sind im Durchschnitt in Oberösterreich um rund 5 % und die der Pensionisten um rund 3 % niedriger als im österreichweiten Durchschnitt. Gemessen am Gini-Koeffizienten ist aber die Ungleichheit der Einkommen in allen sozialen Gruppen in Oberösterreich geringer als im Bund und seit 2000 in den unselbstständigen Haushalten weniger gestiegen. Die geringere Streuung der Einkommen und die günstigere Arbeitsmarktlage in Oberösterreich spiegeln sich auch in der Struktur der von Armut betroffenen Personen wider: In Oberösterreich sind nur 4,8 % der Erwerbstätigen armutsgefährdet, in Österreich insgesamt 6,8 %. Dennoch entfielen

*Armuts-  
gefährdung  
unterdurch-  
schnittlich*

laut Konsumerhebung 2005 nur knapp 14 % des gesamten Einkommens auf das erste (und somit einkommensschwächste) Quartil und fast 40 % auf das oberste Quartil der Haushalte (Übersicht 2).

*Übersicht 2: Verteilung der Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen – 2004/2005*

	Oberösterreich				Österreich				Oberösterreich	
	Einkommen bis ...	Durchschnittseinkommen In Euro	Median	Einkommensanteile kumuliert in %	Einkommen bis ...	Durchschnittseinkommen In Euro	Median	Einkommensanteile kumuliert in %	Österreich=100 Durchschnittseinkommen In Euro	Österreich=100 Durchschnittseinkommen In Euro
1. Dezil	853	681	708	4,2	784	624	667	3,8	3,8	109,2
2. Dezil	1.050	972	980	6,1	1.008	899	900	5,5	10,3	108,1
3. Dezil	1.206	1.135	1.131	7,1	1.170	1.097	1.100	6,8	17,3	103,5
4. Dezil	1.364	1.280	1.270	7,9	1.333	1.251	1.255	7,7	25,3	102,3
5. Dezil	1.489	1.422	1.416	8,8	1.495	1.412	1.406	8,7	34,1	100,7
6. Dezil	1.640	1.559	1.558	9,7	1.656	1.573	1.576	9,7	43,8	99,1
7. Dezil	1.842	1.738	1.734	10,7	1.867	1.761	1.758	10,9	54,6	98,7
8. Dezil	2.097	1.954	1.951	12,1	2.137	1.987	1.988	12,3	66,7	98,4
9. Dezil	2.464	2.268	2.271	14,2	2.577	2.332	2.324	14,4	80,9	97,3
10. Dezil	>2.464	3.086	2.934	19,1	>2.577	3.302	3.042	20,3	100,0	93,4
1. Quartil	1.131	881	924	13,7	1.100	820	841	12,6	12,6	107,3
2. Quartil	1.489	1.315	1.318	20,4	1.495	1.293	1.289	19,9	32,5	101,7
3. Quartil	1.950	1.697	1.686	26,3	1.986	1.718	1.713	26,5	59,0	98,8
4. Quartil	>1.950	2.543	2.355	39,5	>1.986	2.662	2.423	41,0	100,0	95,5
Insgesamt	6.538	1.608	1.489	100	8.107	1.623	1.495	100		99,1
Gini			0,225				0,248			
Quartils-spanne <sup>1)</sup>			1,72				1,81			

Q: Statistik Austria, Konsumerhebung 2004/2005, WIFO-Berechnungen.

<sup>1)</sup> Die Quartilsspanne entspricht dem Verhältnis zwischen dem niedrigsten Einkommen des obersten Quartils und dem höchsten Einkommen des untersten Quartils.

## 7. Schlussbemerkungen

In Oberösterreich hat sich durch die relativ günstige Beschäftigungslage die funktionelle Verteilung nach Produktionsfaktoren weniger zulasten der ArbeitnehmerInnen verschoben als in den meisten übrigen Bundesländern, und die personelle Verteilung ist egalitärer als im österreichischen Durchschnitt. Allerdings hat im letzten Jahrzehnt die Ungleichheit rascher zugenommen.

<i>Verlagerung der Kaufkraft und Folgen</i>	Die Entwicklung der Einkommensverteilung bildet nicht nur einen wichtigen wirtschaftspolitischen Indikator für die Aufteilung des Produktionsergebnisses und der Konsummöglichkeiten, sondern auch eine bedeutende Determinante der Wirtschaftsentwicklung. Sowohl der seit drei Jahrzehnten anhaltende Trend einer sinkenden Lohnquote zugunsten von Vermögenserträgen und Gewinnen als auch der sprunghafte Anstieg der Spitzeneinkommen bedeuten eine Verlagerung der Kaufkraft zu Bevölkerungsschichten mit niedriger Ausgabenneigung. Die Folgen sind geringere Konsumnachfrage, Wachstumsschwäche und Beschäftigungsprobleme, die den Wirtschaftskreislauf weiter dämpfen.
<i>Herausforderungen</i>	Die aufgezeigten Entwicklungen stellen in Zukunft sowohl die Lohnpolitik als auch die Steuerpolitik vor Herausforderungen. Die Lohnpolitik ist mit der Aufgabe konfrontiert, den wachsenden branchenspezifischen Lohndifferenzialen entgegenzuwirken. Für Oberösterreich ist das insbesondere angesichts der sich vergrößernden Kluft zwischen den Sachgüter erzeugenden Branchen einerseits und den Dienstleistungen andererseits von Bedeutung. Aus Sicht der öffentlichen Hand erscheint es dagegen prioritär, steuerliche (und weitere verteilungspolitische) Maßnahmen zu ergreifen, die zu einer Stärkung der geringen und mittleren Einkommensschichten führen. Dies scheint nicht nur im Lichte von normativen Überlegungen zur Verteilungsgerechtigkeit, sondern angesichts der hohen Konsumneigung dieser Bevölkerungsschichten auch in einer volkswirtschaftlichen Perspektive wichtig. Über diese wirtschaftspolitischen Steuerungsmöglichkeiten hinausgehend können auch breitere gesellschaftspolitische Maßnahmen einen wichtigen Beitrag leisten, um die Einkommensentwicklung der Einzelpersonen und der Haushalte positiv zu beeinflussen. Wie das oberösterreichische Beispiel vor Augen führt, spielt in dieser Hinsicht vor allem die Förderung der Beschäftigungs- und Einkommenschancen von Frauen eine wichtige Rolle. Ein besonderes Augenmerk sollte hier der Bildungspolitik und der Bereitstellung von flächendeckender und umfassender Kinderbetreuung gewidmet werden.
<i>Frauenförderung spielt wichtige Rolle</i>	



**Anmerkungen:**

- 1 Da kein regionales Volkseinkommen, also Nettosozialprodukt zu Faktorkosten, vorliegt, wird im Folgenden die funktionale Verteilung auf der Grundlage der Bruttowertschöpfung analysiert, wie das seit dem Umstieg auf das ESVG 95 auch in internationalen Vergleichen üblich ist. Abweichend von der gängigen Definition, die als Lohnquote den Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen bezeichnet, wird für den Bundesländervergleich die „Lohnquote“ als Anteil der Arbeitnehmerentgelte an der Bruttowertschöpfung definiert. Durch die vor allem um die Abschreibungen größere Bezugsbasis im Nenner ist die für diesen Bundesländervergleich konstruierte „Lohnquote“ wesentlich niedriger als die herkömmliche auf das Volkseinkommen bezogene Lohnquote.
- 2 Es wäre in einem weiteren Forschungsschritt zu untersuchen ob und inwieweit die größere Stabilität der Beschäftigung in Oberösterreich mit der Unternehmensfinanzierung bzw. dem Ausmaß der Kapitalmarktfinanzierung im Verhältnis zur Bankenfinanzierung zusammenhängt. Insbesondere gilt es zu überprüfen, ob die industriepolitischen Aktivitäten der Banken in Oberösterreich intensiver sind als in den übrigen Bundesländern. Nach internationalen Studien geht eine Dominanz der Bankenfinanzierung mit einer stärkeren Orientierung an längerfristigen Unternehmenszielen einher, während die Kapitalmarktfinanzierung oftmals die Reaktion der Unternehmen auf kurzfristige Marktentwicklungen (Kurspflege) erfordert.
- 3 Allerdings sind geringfügige Beschäftigungsverhältnisse von dieser Darstellung ausgeschlossen. Die Abgrenzung der niedrigen Einkommen wurde bei 727 Euro im Monat gesetzt. Dieser Wert entsprach 2006 40 % vom medianen Bruttoeinkommen der ArbeiterInnen und Angestellten in Oberösterreich.

**Literatur:**

- Acemoglu, D., „Technical Change, Inequality, and the Labor Market“, *Journal of Economic Literature*, 2002, XL(1), S. 7–72.
- Breuss, F., „Globalization, EU-Enlargement and Income Distribution“, WIFO Working Papers, 2007, (296).
- Europäische Kommission, *Employment in Europe 2004 – Recent Trends and Prospects*, Directorate-General for Employment and Social affairs Unit EMPL/A.1, Belgien, 2004, [http://ec.europa.eu/employment\\_social/employment\\_analysis/eie/eie2004\\_forew\\_toc\\_sum\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/employment_social/employment_analysis/eie/eie2004_forew_toc_sum_en.pdf).
- Internationaler Währungsfonds (IWF), *World Economic Outlook. Spillovers and Cycles in the Global Economy*, Washington, D.C., 2007, <http://imf.org/external/pubs/ft/weo/2007/01/index.htm>.
- Kalina, T., Weinkopf, C., „Mindestens sechs Millionen Niedriglohnbeschäftigte in Deutschland: Welche Rolle spielen Teilzeitbeschäftigung und Minijobs?“, IAT Bericht, 03/2006, <http://www.iaq.uni-due.de/iat-report/2006/report2006-03.pdf>.

- Marlier, E., Ponthieux, S., „Niedriglöhne in den Ländern der EU“, in Statistik kurzgefaßt, Thema 3, EUROSTAT, Luxemburg, 11, 2000, [http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?\\_pageid=1073,46587259&dad=portal&schema=PORTAL&productcode=CA-NK-00-011](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page?_pageid=1073,46587259&dad=portal&schema=PORTAL&productcode=CA-NK-00-011).
- Marterbauer, M., Walterskirchen, E., „Bestimmungsgründe der Lohnquote und der realen Lohnstückkosten“, WIFO-Monatsberichte, 2003, 76(2), S. 151–159, [http://www.wifo.at/wwa/jsp/index.jsp?fid=23923&typeid=8&id=23507&display\\_mode=2](http://www.wifo.at/wwa/jsp/index.jsp?fid=23923&typeid=8&id=23507&display_mode=2).

INSTITUT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

# WISO

WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITISCHE ZEITSCHRIFT

Die Zeitschrift WISO wird vom Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (ISW) herausgegeben. Sie dient der Veröffentlichung neuer sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse sowie der Behandlung wichtiger gesellschaftspolitischer Fragen aus Arbeitnehmersicht.

Lohnpolitik, soziale Sicherheit, Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit, Arbeit und Bildung, Frauenpolitik, Mitbestimmung, EU-Integration - das sind einige der Themen, mit denen sich WISO bereits intensiv auseinander gesetzt hat.

WISO richtet sich an BetriebsrätInnen, GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen, StudentInnen, Aktive in Verbänden, Kammern, Parteien und Institutionen sowie an alle, die Interesse an Arbeitnehmerfragen haben.

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Preise:\* Jahresabonnement EUR 22,00 (Ausland EUR 28,00)  
Studenten mit Inskriptionsnachweis EUR 13,00  
Einzelausgabe EUR 7,00 (Ausland EUR 12,00)

(\* Stand 2005 - Die aktuellen Preise finden Sie auf unserer Homepage unter [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at))

Wir laden Sie ein, kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen ein WISO-Probeexemplar zu bestellen. Natürlich können Sie auch gerne das WISO-Jahresabonnement anfordern.

Informationen zum ISW und zu unseren Publikationen - inklusive Bestellmöglichkeit - finden Sie unter [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at).



Oberösterreich

## BESTELLSCHEIN\*

Bitte senden Sie mir kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen

- 1 Probeexemplar der Zeitschrift WISO
- 1 ISW Publikationsverzeichnis

Ich bestelle \_\_\_\_\_ Exemplare des WISO-Jahresabonnements (Normalpreis)

Ich bestelle \_\_\_\_\_ Exemplare des WISO-Jahresabonnements für StudentInnen mit Inskriptionsnachweis

\* Schneller und einfacher bestellen Sie über das Internet: [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at)

Name \_\_\_\_\_

Institution/Firma \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

Plz/Ort \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

### BESTELLADRESSE:

ISW  
Gruberstraße 40-42, A-4020 Linz  
Tel. ++43/732/66 92 73  
Fax ++43/732/66 92 73-28 89  
E-Mail: [wiso@akoee.at](mailto:wiso@akoee.at)  
Internet: [www.isw-linz.at](http://www.isw-linz.at)